

**Antwort
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe
der PDS/Linke Liste
— Drucksache 12/1386 —**

Rechtsextremisten und das Asylrecht

Im August 1991 schreibt der wegen Rädelsführerschaft in einer rechten terroristischen Vereinigung verurteilte Manfred Roeder in einem Brief „An die Bundesregierung und alle Landesregierungen“ u. a.: „Der massenhafte Mißbrauch des Asylrechts nimmt unerträgliche Formen an. (...) Wir sind es leid, die Verhöhnung unserer Gutmäßigkeit und unserer Rechtsordnung noch länger tatenlos hinzunehmen, und uns obendrein ständig als Ausländerfeinde beschimpfen zu lassen, wenn wir nichts anderes fordern als die Einhaltung bestehender Gesetze. Wir sind nicht gegen Ausländer, die hier legal arbeiten, studieren, reisen und unser Gastrecht genießen, aber wir haben keinerlei Verständnis mehr dafür, daß Schwindler und Betrüger belohnt werden und mehr Rechte genießen als normale anständige Bürger und oftmals mehr Sozialhilfe erhalten als viele deutsche Rentner... Dennoch haben wir nichts dagegen, daß wirklich politisch Verfolgten Asyl gewährt wird. (...) Und doch geht es 95 Prozent aller Antragsteller nur um diese Leistungen und nicht um Schutz vor Auslieferung, denn sie werden von niemandem verfolgt. (...) Und das schafft böses Blut, nicht die Anwesenheit von Ausländern an sich.“ Roeder weiß, wovon er spricht, schließlich wurde er zu dreizehn Jahren Gefängnis verurteilt: Die von ihm geführten „Deutschen Aktionsgruppen“ verübt in den 70er Jahren Anschläge auf Ausländer/innenwohnheime, bei denen zwei Menschen starben.

Ähnlich wie Manfred Roeder fordern die Republikaner „Sozialstaat retten: Asylbetrüger ausweisen!“ Die Republikaner fordern u. a. „Gemeinschaftsunterkünfte“, „Sachleistungen statt Barmittel“, „Beschleunigung des Asylverfahrens“. Der Verfassungsschutz von Nordrhein-Westfalen sieht deshalb Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen der Republikaner, u. a. wegen: „Ausländerfeindlichkeit, die sich gegen die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte richtet“. (Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen 1990 S. 47).

Das Buch von Manfred Ritter, „Sturm auf Europa“, wurde in der rechtsextremen Presse hochgelobt, so z. B. in „Nation Europa“, und von dem „Republikaner“ in großen Passagen wiedergegeben. An den rechtsextremen Thesen des Manfred Ritter knüpft die NPD an, wenn sie fordert: „Stoppt die Völkerwanderung: Schluß mit dem Asylmißbrauch!“

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministers des Innern vom 12. November 1991 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Fast alle rechtsextremistischen Organisationen behaupten von sich, daß sie nicht gegen das Recht auf Asyl sind, ihnen ginge es lediglich um die Begrenzung des Zuzugs von Flüchtlingen. Ihren Rassismus interpretieren sie zur tatsächlichen Wahrnehmung der Interessen der Ausländer/innen um.

1. Welche der folgenden Parteien und Organisationen werden bezüglich ihrer Positionen zum Grundrecht auf Asyl von der Bundesregierung als rechtsextrem eingestuft:
 - a) NPD,
 - b) DVP – Liste D,
 - c) REPs,
 - d) Freundeskreis Unabhängiger Nachrichten,
 - e) Wiking-Jugend,
 - f) Freiheitliche Arbeiterpartei,
 - g) Nationalistische Front,
 - h) Deutsche Alternative,
 - i) Deutsche Liga für Volk und Heimat?
2. Wie sehen die Positionen der obigen Parteien und Organisationen im einzelnen aus?
3. Welche Forderungen stellen die obigen Parteien und Organisationen in ihren Programmen und/oder Publikationsorganen zum Asylverfahren auf?

Nicht alle der in der Kleinen Anfrage genannten Organisationen werden auf Bundesebene als rechtsextremistisch eingestuft. Hinsichtlich der Partei „Die Republikaner“ hat die Prüfung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz ergeben, daß auf Bundesebene die tatsächlichen Anhaltspunkte für die Annahme einer rechtsextremistischen Bestrebung nicht ausreichen.

Die übrigen in der Kleinen Anfrage aufgeführten Organisationen werden aus den in den jährlichen Verfassungsschutzberichten veröffentlichten Gründen als rechtsextremistisch eingestuft.

Diese Gründe gelten ebenfalls für den „Freundeskreis Unabhängige Nachrichten“ in Bochum, der auch unter der Bezeichnung „Unabhängige Freundeskreise“ auftritt. Hierbei handelt es sich um eine kleine rechtsextremistische Gruppe, die wegen ihrer geringen Bedeutung nicht im Verfassungsschutzbericht erwähnt wird.

„Die Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (Deutsche Liga) ist eine rechtsextremistische Partei, die ehemalige Funktionäre der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und eine Gruppe um den früheren Bundesgeschäftsführer der „Republikaner“, Harald Neubauer, erst in diesem Jahr gegründet haben.

Vorherrschendes Agitationsthema der Rechtsextremisten ist gegenwärtig die Ausländer- und Asylproblematik, insbesondere auch die Versagung eines Bleiberechts für Sinti und Roma. Zu ihren wesentlichen Forderungen zählen die unverzügliche Abschiebung illegal eingereister Ausländer sowie die Ausweisung krimineller Ausländer nach Strafverbüßung. Die „Deutsche Liga“ spricht von einer „Überfremdung unserer Kultur“ und fordert eine „Ausländerpolitik, die den berechtigten Schutzinteressen des deutschen Volkes entspricht“.